

Menschenrecht Familienplanung

Berlin. Einen freien Zugang zu Verhütungsmitteln für Frauen und Paare mit geringem Einkommen haben anlässlich des Muttertages am 9. Mai der Arbeitskreis Frauengesundheit und das Berliner Familienplanungszentrum Balance gefordert. In ihrer Erklärung monieren sie, daß dieser seit Inkrafttreten der Hartz-Gesetze und des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes nicht mehr für alle Bürger gewährleistet ist. Laut einer aktuellen Umfrage von Pro Familia gebe es in zwei Dritteln von 181 untersuchten Städten keine Kostenübernahme für Verhütungsmittel für ALG-II- oder Sozialgeldbezieherinnen. Ähnliche Schwierigkeiten, Familienplanung zu finanzieren, haben Asylbewerber, Einwanderer ohne Papiere und Geringverdiener.

(jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/144329.menschenrecht-familienplanung.html>